

H

ierzulande hat Diplomatie keinen guten Leumund (mehr). Sie wird mit Appeasement – also Beschwichtigung, die einen Aggressor belohnt und zu weiteren Aggressionen ermutigt – gleichgesetzt und damit diffamiert und verunmöglicht. Zugleich setzen viele neuerdings unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit allein auf die Militärfkarte. Diplomatische Mittel werden hingegen weitgehend aus dem Handlungskanon hinausverdammt. Wie konnte es so weit kommen?

Krieg ist nicht nur das ultimative Versagen von Politik, Krieg ist auch eine Quelle für Radikalisierung auf allen Ebenen. Selbst wenn der Einsatz militärischer Gewalt zu einem klaren politischen Zweck im Einzelfall ebenso verantwortbar sein kann, wie das Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich legitim ist: Der „Scheißkrieg“ (Helmut Schmidt) ist nie „Vater aller Dinge“ (so der vorsokratische Philosoph Heraklit), sondern Pate alles Schlechten.

Wohin das führen kann, war auch vor gut 100 Jahren sichtbar. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die bürgerliche Mitte und die Intellektuellen vertrauten 1914 auf militärische Lösungen und missachteten Diplomatie. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Planck und später auch Thomas Mann bejahten die Kriegspolitik – mit womöglich besten Intentionen. Im September 1914 hatten rund 100 deutsche Intellektuelle einen „Aufruf an die Kulturwelt“ unterzeichnet, in dem die Einheit von Kultur und Militär postuliert wurde. Allein Hermann Hesse wies diese Kriegsrhetorik scharf zurück. In einem fulminanten Essay in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom November 1914 mit dem Titel „O Freunde, nicht diese Töne!“ argumentierte er, dass nicht der Krieg, sondern dessen Überwindung „nach wie vor unser edelstes Ziel“ sein müsse. Dafür gelte es, „Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern“. „Kaliber-Experten“, die „mit Ausgelassenheit“ und „wachsendem Ehrgeiz immer neue Waffenlieferungen fordern“, nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Spezies mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Bezeichnend, dass er angesichts einer Empörungswelle später erklären ließ, er selbst habe sich über seine Formulierung geärgert.

Die „akademische Kriegsbegeisterung“ (so der Historiker Wolfgang Kruse) ist genauso problematisch wie das Verfallen von einem gesinnungsethischen Extrem ins andere. Interessanterweise sind es auch heute vornehmlich

bildungsbürgerliche Schichten, die den Krieg moralisieren, ideologisieren und teilweise eine agitatorische Tendenz an den Tag legen. Dieser – oft wieder mit besten Intentionen – moralisierende Blick verunmöglicht aber jene politischen Lösungen, die es eines Tages wird geben müssen – und die ebenjene Diplomatie vorbereiten und schmieden muss. Das wusste schon der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz in seinem Buch *Vom Kriege* aus dem Jahr 1832: „Hiernach kann Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Die Zeit für Verhandlungen wird im Krieg gegen die Ukraine eines Tages ohnehin kommen, und die Frage lautet: Wann beginnen realistische diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Die diplomatische Grundphilosophie könnte lauten: Solidarisch mit der Ukraine sein, aber zugleich russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen und nicht auf einen unerreichbaren Sieg gegen Russland, sondern auf einen klugen Interessenausgleich setzen. Tabu sollte sein, die Existenz der Ukraine als souveräner Staat infrage zu stellen. Verhandeln müsste man über dreierlei: erstens einen neutralen Status der Ukraine, der für Russland erträglich ist und zugleich Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthält. Zweitens wird es territoriale Veränderungen in der Ukraine geben, die nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber doch als Modus Vivendi akzeptiert werden müssen. Drittens sollten Sanktionen als Gestaltungselement betrachtet werden, die bei Verhaltensänderung auch aufhebbar sein müssen.

Der heutige Bundespräsident Steinmeier diagnostizierte als Außenminister im September 2014 im Interview mit dem *Vorwärts* noch zu Recht, es gebe viele, „die das Werk der Zuspitzung perfekt beherrschen, und nur wenige, die sich tatsächlich um Entschärfung bemühen“. Es brauche in der Außenpolitik aber das vorsichtig tastende Agieren der Diplomatie gerade dann, wenn Lösungen nicht auf der Hand liegen. Sonst werde Außenpolitik ihrer Möglichkeiten beraubt. Eines der Missverständnisse der Debatte ist, zu glauben, dass Bekenntnisse schon Diplomatie bedeuten. Miteinander zu telefonieren ist genauso wenig Diplomatie wie das Bestehen auf Maximalpositionen als Voraussetzung für Verhandlungen. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie! Wir sollten es wieder als vornehme begreifen.

Johannes Varwick